Vizepräsidentin Petra Pau

(A) Ich rufe den Tagesordnungspunkt 26 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Imkerei vor der Agro-Gentechnik schützen

– Drucksache 17/9985 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Wie in der Tagesordnung ausgewiesen, nehmen wir die Reden zu Protokoll.

Dr. Max Lehmer (CDU/CSU):

Seit 1996 wird weltweit über 1 Milliarde genetisch veränderte Pflanzen angebaut, und bis zum heutigen Tage ist kein einziger Schadensfall weltweit bekannt, weder bei einem Menschen, noch bei einem Tier oder etwa der Umwelt.

Um es ganz klar an den Anfang zu stellen: Das Wohl der Menschen in unserem Land liegt uns ganz besonders am Herzen. Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen sehr ernst. Das gilt für die Bewertung aller modernen Technologien gleichermaßen. Oberstes Prinzip bei der Anwendung ist und bleibt die Sicherheit von Mensch, Tier und Umwelt.

(B) Der Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen steht stets unter dem Vorbehalt, dass Sicherheit, Wahlfreiheit und Transparenz auf allen Ebenen – etwa bei der Entwicklung und Zulassung – gesichert bleiben. In erster Linie tragen Informationsdefizite oder absichtlich herbeigeführte Irritationen zu einer starken Verunsicherung der Konsumenten bei. Sie halten auch keiner wissenschaftlichen Begründung stand. In vielen Ländern der Welt werden gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut. Zufällige Beimengen von GV-Pollen in Lebensmitteln, wie zum Beispiel Honig, sind somit kaum auszuschließen.

In Deutschland ist lediglich auf 10 Hektar Fläche der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zulässig. Das wichtige Lebensmittel Honig wird zu 80 Prozent importiert. Die Imker in Deutschland liefern etwa 20 Prozent des nationalen Honigverzehrs, rund 90 000 Tonnen werden aus Argentinien, Mexiko, Brasilien, Uruguay und Kanada eingeführt. Pollen ist kein Fremdstoff und keine Verunreinigung von Honig, sondern ein normaler Bestandteil dieses Produkts.

Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass weder Pollen von Bt-Mais MON810 noch der einer Bt-Mais-Sorte, die drei verschiedene Bt-Proteine bildet, eine schädliche Wirkung auf Larvenstadien der Bienen zeigte. Ein Gutachten der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit, EFSA, vom Oktober letzten Jahres bestätigt, dass Pollen aus MON810 sicher sind. Im Übrigen: Deutschland scheint zurzeit der einzige EU-Mitgliedstaat zu sein, der Honig auf gentechnisch veränderte Pollen untersucht.

(C) **Pollen im Honig stellen einen unvermeidbaren und rein zufälligen Bestandteil dar.** Analysen zeigen, dass dieser Anteil bei gerade einmal 0,1 bis 0,5 Prozent liegt. In dem vom EuGH entschiedenen Fall lag der Anteil der MON810-DNA in Relation zur Gesamt-Mais-DNA bei nur 4,1 Prozent – und das, obwohl der Bienenstock nur circa 500 Meter entfernt vom GV-Maisfeld lag. Insgesamt entspricht der GV-Pollenanteil damit 0,0041 Prozent des Honigs! Zum Vergleich: Der gültige – für die Kennzeichnung maßgebliche – Schwellenwert für GVO in Lebensmitteln liegt bei 0,9 Prozent.

Nach den geltenden Vorschriften ist Honig, der nicht zugelassene GV-Pollen enthält, nicht verkehrsfähig. Was der vorliegende Antrag jedoch unerwähnt lässt, ist die Tatsache, dass nach dem Gentechnikgesetz ein verschuldensunabhängiger Schadenersatzanspruch für die Imker besteht.

Nach unserer Rechtsordnung ist der Einsatz von Gentechnik grundsätzlich zugelassen und soll auch möglich bleiben. Über Schutzvorkehrungen wie Abstandsvorschriften von etwa 10 Kilometern darf nicht faktisch ein Verbot des Umgangs mit zum Inverkehrbringen zugelassenen GVO bewirkt werden. Das hat auch der Bayerische VGH so festgestellt; denn sonst würde auch die Forschung mit GVO, die der Allgemeinheit dient, unmöglich gemacht.

(D) Folglich brauchen wir Maßgaben, die der neuen Rechtsprechung des EuGH zu GVO in Honig Rechnung tragen und einen verantwortungsvollen Umgang mit grüner Gentechnik ermöglichen. Diesen Rahmen kann nicht die Rechtsprechung setzen; hier sind wir selbst als Gesetzgeber gefragt.

Sinnvoll wäre die Zulassung der – wie bereits erwähnt – ungefährlichen GVO-Bestandteile im Honig. Außerdem spricht der hohe Anteil der Honigimporte dafür; auch die Einführung eines Schwellenwertes für GVO im Honig zu prüfen. Nulltoleranz macht hier – ebenso wie bei anderen Lebensmitteln – in einer Welt mit globalen Handelsströmen keinen Sinn. Dieses Konzept für einen praktikablen und sicheren Umgang mit GVO im Honig müsste ergänzt werden durch eine passende Prozesskennzeichnung der Produkte; denn Transparenz und Wahlfreiheit sind zentrale Bestandteile unserer Politik. Leider haben wir in diesem Punkt aber noch mit enormem Widerstand auf europäischer Ebene zu kämpfen.

Der vorliegende Antrag macht abermals deutlich: Die grüne Gentechnik ist in Deutschland und Europa ein stark umstrittenes Thema. Die grüne Gentechnik allein kann die globalen Herausforderungen, wie die Sicherung der Welternährung bei wachsender Weltbevölkerung und gleichzeitig rückläufiger Anbaufläche, nicht lösen. Jedoch kann die grüne Gentechnik einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der genetischen Eigenschaften einer Pflanze leisten, und sie kann unter anderem auch helfen, Pflanzen unter kritischen Anbaubedingungen, Kälte, Hitze, schwierige Böden, anbauen zu können.

Es ist bewiesen, dass der Einsatz von GVO die landwirtschaftliche Produktivität erhöht und zugleich den

Dr. Max Lehmer

- (A) *wirtschaftlichen Wert landwirtschaftlicher Produkte, aufgrund der höheren Qualität pflanzlicher Nahrungs- und Futtermittel, steigert. 117 Millionen Landwirte, vorwiegend kleiner Betriebe, nutzen bereits die Vorzüge gentechnisch veränderter Pflanzen. Die Zulassung gentechnisch veränderter Organismen soll sich daher an der wissenschaftsbasierten Abwägung zwischen Chancen und Risiken ausrichten. Ideologische Versuche, ganze Technologien in Deutschland zu verhindern, schwächen den Forschungs- und Wirtschaftsstandort Deutschland.*

Elvira Drobinski-Weiß (SPD):

Bereits im November 2007 hatte der Bundesrat die Bundesregierung mit seinem Beschluss Drucksache 563/07 aufgefordert, „... mit einer Verordnung schnellstmöglich sicherzustellen, dass auch die Belange der Imkerei beim Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen angemessen berücksichtigt werden. Der Geltungsbereich der vorliegenden Verordnung schließt die Imkerei nicht ein. Die Koexistenz beinhaltet jedoch nicht nur das Nebeneinander des GVO-Anbaus und konventioneller Pflanzen, sondern auch des GVO-Anbaus und der Imkerei. Hierfür sind gesonderte Regelungen erforderlich.“

Doch bis heute ist nichts passiert. Nach wie vor müssen sich Imker durch den Anbau von gentechnisch verändertem Mais in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht sehen. Verbraucherinnen und Verbraucher wollen gentechnikfreie Lebensmittel. Aber Imker, die in der Nähe eines Gentech-Maisfeldes arbeiten, laufen große Gefahr, dass sich gentechnisch veränderte Bestandteile im Honig nachweisen lassen. Denn Bienen halten sich nicht an Sicherheitsabstände und haben einen Flugradius von über 5 Kilometern.

- (B) *Eine Untersuchung des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamts Freiburg von Anfang Juni zeigte, dass viele aus den USA stammende Honigsorten mit gentechnisch verändertem Soja verunreinigt sind, teilweise auch mit nicht zugelassenem Gentechnikraps. In den USA ist der GVO-Anbau weit verbreitet. Aber auch wenn bei uns derzeit nicht kommerziell angebaut wird, kann das Problem sehr bald auch hier wieder akut werden.*

Honig, der mit gentechnisch veränderten Pollen verunreinigt wurde, ist nicht verkehrsfähig. Dies hat der Europäische Gerichtshof, EuGH, im September letzten Jahres entschieden. Auch geringe Spuren von MON810 führen dazu, dass der Honig nicht mehr verkauft werden darf. Denn der Gentechnikmais MON810 hat keine Zulassung zu Lebensmittelzwecken. Mit dem Urteil steht fest, dass Imker einen Anspruch auf Entschädigung haben, wenn ihr Honig mit gentechnisch veränderten Pollen verunreinigt wurde, die nicht als Lebensmittel zugelassen sind.

Dies war der Fall des Imkers Bablok, der in seinem Honig GVO-Spuren aus einem staatlichen Versuchsanbau des Freistaats Bayern mit MON810 fand und daraufhin seine gesamte Ernte vernichten musste. Er zog vor Gericht und verklagte den Freistaat Bayern auf Schadenersatz. Wegen ungeklärter Fragen europäischen Rechts legte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof

- dem EuGH 2009 einige Punkte zur Entscheidung vor. Dieser entschied im Sinne der Imker und Verbraucher, die Gentechnik in Lebensmitteln überwiegend ablehnen. Anschließend musste der bayerische Gerichtshof darüber entscheiden, ob auch Schutzansprüche bestehen. Aber diese lehnte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof am 27. März 2012 ab: Imker sollen keinen Rechtsanspruch auf Schutzvorkehrungen haben, wenn auf Feldern in unmittelbarer Nachbarschaft ihrer Bienenstände gentechnisch veränderte Pflanzen zum Anbau kommen.* (C)

Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Es kann nicht sein, dass der GVO-Anbau auf dem Rücken der Imker ausgetragen wird. Die Imker haben ein Recht auf Schutz. Die Belange der Bienenwirtschaft müssen endlich berücksichtigt werden. Wir werden diese Frage ausführlich im Ausschuss diskutieren müssen.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Die Imkerei hat eine jahrhundertelange Tradition und ist für die Landwirtschaft aufgrund ihrer Bestäubungsleistung von großer Bedeutung. Die Biene gilt als produktivste Haustier des Menschen, und die Produkte der Imkerei genießen bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern eine große Wertschätzung. Ob gesunder und leckerer Honig oder Gelée Royale für die Ernährung oder Pollenerzeugnisse für die Kosmetik, die Imker, ihre Schützlinge und ihre Produkte genießen großes Vertrauen. Der deutsche Honig gilt zu Recht als absolutes Qualitätsprodukt. Viele Imker betreiben die Haltung von Bienen leidenschaftlich als Hobby. Diesen, aber auch den Berufsimkern bringen wir mit der Wertschätzung ihrer Produkte und ihrer Dienstleistungen für Gartenbau und Landwirtschaft unsere Anerkennung entgegen. (D)

Trotz alledem stehen die Imker und ihre Bienenvölker unter immensem Druck. In diesem Winter hatten viele Imker große Überwinterungsverluste bei ihren Völkern zu beklagen, teilweise bis zum Komplettverlust. Die Untersuchungen der Bieneninstitute, federführend dabei das Fachzentrum Bienen und Imkerei in Mayen, und des Deutschen Bienenmonitorings zeigen durchschnittliche Verluste von bis zu 25 Prozent der Bienenvölker im vergangenen Winter. Diese sind regional noch wesentlich höher ausgefallen. Die Verluste sind vergleichbar mit den ebenso schweren Verlusten in den Wintern 2005/06 und 2007/08. Die überwältigende Mehrzahl der Bienenwissenschaftler ist sich einig, dass die hohen Überwinterungsverluste auf den zunehmenden Befall der Bienenvölker durch die Varroamilbe und damit einhergehende Infektionen durch Viren zurückzuführen sind.

Diese Zahlen machen deutlich, dass unsere Imker vor großen Herausforderungen stehen. Derartige Verluste können insbesondere viele Hobbyimker nicht kompensieren. Angesichts dieser äußerst besorgniserregenden Entwicklung und des existenziellen Mangels an geeigneten, effektiven und handhabbaren Therapeutika wirkt es wie ein Hohn, dass die Fraktion Die Linke einen Antrag mit dem Titel „Imkerei vor der Agro-Gentechnik schützen“ vorgelegt hat. Sie hat das Thema verfehlt!

Was hilft einem Imker, der seine Völker durch die Varroamilbe verloren hat, eine Änderung des Gentechnik-

Dr. Christel Happach-Kasan

- (A) *gesetzes? Wenn mein Hund krank ist, würde mir doch auch keiner raten, einen neuen Personalausweis zu beantragen. Das ist völlig absurd. Auch das zweite Problem der Imkerei wird dadurch nicht gelöst. Bienen finden in einigen Regionen zu wenig Nahrung. Wir brauchen mehr Blütenpflanzen in unserer Landschaft.*

In einem Punkt hat der Antrag meiner geschätzten Kollegin Tackmann jedoch recht: Das unsägliche Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Verkehrsfähigkeit von Honig, Az C442/09, in der Rechtssache Bablok macht rechtliche Änderungen notwendig. In seinem Urteil legte der Gerichtshof dar, dass Pollen nur dann als gentechnisch veränderter Organismus, GVO, eingestuft werden, wenn sie einen „Organismus“ im Sinne der Richtlinie und der Verordnung, das heißt eine „biologische Einheit, die fähig ist“, „sich zu vermehren“ oder „genetisches Material zu übertragen, darstellen. Der Gerichtshof kam zu dem Schluss, dass ein Stoff wie der Pollen einer genetisch veränderten Maissorte, der seine Fortpflanzungsfähigkeit verloren hat und in keiner Weise fähig ist, in ihm enthaltenes genetisches Material zu übertragen, nicht mehr von dem Begriff GVO erfasst wird.

Weiter sieht das Gericht die Notwendigkeit der Zulassung von Pollen als Lebensmittel und begründet dies damit, dass Pollen eine Zutat im Honig sei. Genau dies ist falsch. Tomaten auf der Pizza sind eine Zutat, der Pollen im Honig jedoch nicht; denn niemand tut ihn absichtlich hinein. Es gibt keinen natürlichen Honig ohne Pollen.

- (B) *Die Interpretation von Pollen als Zutat durch das EuGH hat beträchtliche Auswirkungen auf die gesamte Honigwirtschaft, von der Produktion über die Liefer- und Vermarktungskette bis hin zur Verarbeitung. Die Hauptlieferländer für den europäischen Honigmarkt sind Argentinien, Mexiko, China, Chile, Indien und Brasilien; alle diese Länder bauen GV-Pflanzen an. In diesen Ländern sind vorwiegend kleine und mittelgroße bäuerliche Imkerbetriebe betroffen, welche aufgrund des großflächigen Anbaus von GV-Pflanzen in ihren Ländern den wichtigsten Exportmarkt die EU verlieren könnten. Sehr viele der Imkereien werden gezielt von Fair Trade oder anderen Entwicklungsprojekten gefördert. Alle diese Imker und Projekte sind jetzt gefährdet. Sie können weder die GVO-Freiheit ihrer Produkte garantieren noch die hohen Analysekosten tragen. Die Kosten für die Verbraucherinnen und Verbraucher werden immens steigen, obwohl sich die Qualität des Honigs in keiner Weise ändert. Honig ist und bleibt ein leckeres, gesundes, hochqualitatives Lebensmittel.*

Aus Sicht der FDP-Bundestagsfraktion muss unbedingt Rechtssicherheit für Imker, Landwirte und den Honighandel hergestellt werden. Auf europäischer Ebene ist es geboten, die Honigrichtlinie und abgeleitete Rechtsvorschriften so zu ergänzen, dass die negativen Auswirkungen des EuGH-Urteils rückgängig gemacht und Pollen als integraler Bestandteil und nicht als Zutat von Honig klassifiziert wird.

Ich bin mir bewusst, dass rund um die grüne Gentechnik noch Unbehagen bei einigen Imkern besteht. Wir müssen alle gemeinsam darüber nachdenken, wie wir in

- dieser Frage zu sachgerechten und für alle akzeptablen Lösungen kommen können.* (C)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Stellen Sie sich Folgendes vor: Sie sind Hersteller von Sportschuhen. Neben Ihnen produziert jemand Autolacke. Eines Tages kommt es dazu, dass Farbspitzer der Autolacke auf einer zur Auslieferung bereitstehenden Turnschuhpalette landen. Ein Gericht verbietet Ihnen nun, diese beschmutzten Turnschuhe zu verkaufen. Sollte bewiesen werden, dass die Farbenmanufaktur Ihres Nachbarn Schuld an der Sauerei ist, dann muss er Ihnen den entstandenen Schaden bezahlen. Ein weiteres Gericht sagt aber auch, dass Sie keinen Anspruch darauf haben, vor Farbklecken geschützt zu werden. Der Nachbar kann also fröhlich mit Farbe umherspritzen, ohne einen Sicherheitsabstand zu Ihren Schuhpaletten einzuhalten oder eine Trennwand aufzubauen. Klingt paradox? Ist es auch. Aber es ist trotzdem wahr.

Was in dem Sprachbild der Schuh, ist in der Realität der Honig. Was in der Geschichte der Autolack, sind Gentech-Pollen, Pollen vom Monsanto-Mais MON810. Und die unglaubliche Geschichte geht so: Am 6. September 2011 urteilte der Europäische Gerichtshof, dass die Verkehrsfähigkeit von Honig durch Verunreinigungen mit Pollen des gentechnisch veränderten Mais MON810 beeinträchtigt wird. Auf gut Deutsch: Er darf nicht verkauft, sondern muss als Müll entsorgt werden. Hintergrund: Dieser Mais hat in der EU zwar eine Lebensmittelzulassung, jedoch nicht für Honig. Darum dürfen auch keine MON810-Spuren im Honig sein. Darüber hinaus besitzt MON810 eine EU-Anbauzulassung. In der Bundesrepublik ist sein Anbau jedoch verboten. Die Linksfraktion wird dafür kämpfen, dass das auch so bleibt. (D)

Zurück zum Honig: Am 27. März 2012 urteilte nun der Bayerische Verwaltungsgerichtshof, dass Imkerinnen und Imker keinen Anspruch auf Schutzmaßnahmen gegen die Verunreinigung ihres Honigs durch den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen haben. Gleichzeitig wurde bestätigt, dass durch Pollen des gentechnisch veränderten Mais MON810 verunreinigter Honig nicht verkauft werden darf.

Um im Bild der Eingangsgeschichte zu bleiben: Die Lackhersteller dürfen weiter fröhlich mit der Farbe hantieren, ohne Vorkehrungen zu treffen, dass die Schuhe des Nachbarn nicht verschmutzt werden.

Die betroffenen Imkerinnen und Imker sind zwar gegen das widersinnige Urteil vor das Bundesverwaltungsgericht gezogen, aber dessen Entscheidung steht noch aus. Hier sieht die Linke dringenden Handlungsbedarf des Gesetzgebers, um diese aberwitzige Benachteiligung der Imkerinnen und Imker gegenüber dem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu beenden, und zwar rechtssicher. Mit diesem Antrag stellt sich die Linksfraktion klar auf die Seite der Imkerei und gegen die Profiteure der Agrogentechnik. Uns sind die Interessen der Bienen und ihrer Halterinnen und Halter deutlich wichtiger als die Interessen der mächtigen Agrarkonzerne und ihrer Genlabore.

Dr. Kirsten Tackmann

(A) *Wir wissen natürlich, dass zur Verbesserung der Schutzrechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern, der gentechnikfreien Landwirtschaft und der Imkerei eigentlich viel umfangreichere Änderungen im nationalen und europäischen Gentechnikrecht nötig wären. Doch diese mehrfach angekündigte große Novelle zum Gentechnikgesetz wird von dieser Koalition wohl nicht mehr kommen, eine gute sowieso nicht. Daher fordern wir als die dringendste Sofortmaßnahme, den Schutz der Imkerei im Gentechnikrecht wirksam zu verbessern. Weitere Änderungen bleiben trotzdem notwendig.*

Die paradoxe Situation, dass verunreinigter Honig nicht verkauft werden darf, wenn die transgene Pflanze keine Lebensmittelzulassung für Honig hat, gleichzeitig jedoch kein Rechtsanspruch auf den Schutz vor Verunreinigung besteht, muss durch den Gesetzgeber unverzüglich beseitigt werden, also durch den Deutschen Bundestag; denn er hat eine besondere Sorgfaltspflicht und ist neben dem Verursacherprinzip auch dem Vorsorgegedanken verpflichtet. Was wäre die Alternative? Womöglich eine Verpflichtung der Bienen, den gentechnisch veränderten Mais zu meiden, oder der Imkerinnen und Imker, vor dem Anbau einer nicht als Lebensmittel zugelassenen Gentech-Pflanze ausweichen zu müssen? Wir halten diese Alternativen für absurd und sehen das Prinzip wie beim Gewaltschutzgesetz: Der Verursacher muss gehen, nicht das Opfer. Übersetzt: Nicht der potenziell geschädigte Imker oder die Imkerin muss der Gefahr ausweichen, sondern der Gefahrenverursacher – also der Gentech-Bauer – muss das Risiko vermeiden. Das ist so bestechend logisch, dass man unserem Antrag nur zustimmen kann.

Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wie bei kaum einem anderen Wirtschaftszweig wird anhand der Probleme der Imkerei aufgrund der Gefahr von Verunreinigungen mit Gentech-Pollen deutlich, dass eine Koexistenz zwischen Landwirtschaft mit und ohne Gentechnik in der Praxis nicht funktionieren kann. Das hat jüngst auch Ernst-Ludwig Winnacker, der ehemalige Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, bestätigt. Bienen fliegen gezielt über mehrere Kilometer zu ihren Futterquellen. Das „Honig-Urteil“ des Europäischen Gerichtshofs von 2011 hat die Bedeutung dieser Frage wieder ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Zwar haben wir in Deutschland gegenwärtig keinen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Wenn es aber in Zukunft je dazu kommen sollte, sind weite Schutzabstände zwischen Feldern mit gentechnisch veränderten Pflanzen und den Bienenstöcken der einzige praktikable Weg, den deutschen Honig frei von unerwünschten gentechnischen Verunreinigungen zu halten. Die Bundesregierung darf sich dieser Einsicht nicht länger verschließen.

Kanadische Imker und Imkerinnen haben aufgrund der flächendeckenden Kontamination ihres Honigs durch Genrapspollen bereits den europäischen Absatzmarkt weitgehend eingebüßt, ähnliches droht vielen Honigproduzenten und Produzentinnen in Lateinamerika durch den großflächigen Anbau von Gensoja. Ein Anbau von Gentech-Pflanzen ohne ausreichende Mindestabstände würde auch bei uns das Aus für viele kleine und

mittelständische Berufs- und Hobbyimker und Hobbyimkerinnen bedeuten. Ein mittelständischer Berufsimker, der gentechnikfrei wirtschaften möchte, hätte durch den kommerziellen Anbau von Gentech-Pflanzen Kosten von bis zu 15 000 Euro pro Jahr für Analysen zu Verschmutzungen durch Gentech-Pollen zu tragen. Wer würde den Imker und Imkerinnen diesen existenzgefährdenden Schaden ersetzen?

Die Imker und Imkerinnen bestehen zu Recht darauf, dass ihre Produkte genauso gut vor gentechnischen Verunreinigungen geschützt sein müssen wie andere Lebensmittel auch. Doch seit Jahren werden die berechtigten Schutzansprüche der Imkerei in Bezug auf Schäden durch die Gentechnik juristisch weitgehend ignoriert und ausgeblendet. Auch hier muss endlich das Verursacherprinzip gesetzlich klar umgesetzt werden und der Schadenverursacher haften. Hersteller und Anbauer von GVO müssen endlich zur Begleichung solcher Folgeschäden durch Gentechnik herangezogen werden.

Das Bundesverfassungsgericht, der Europäische Gerichtshof und das Bundesverwaltungsgericht Leipzig haben klar das Vorsorgeprinzip, den Schutzanspruch von Imkerei, Landwirtschaft und Verbrauchern und Verbraucherinnen und damit die absolute Nulltoleranz gegenüber nicht zugelassenen GVO bestätigt. Das sind wichtige Signale.

Die Nulltoleranz sichert Verbraucherrechte, Wahlfreiheit und die Existenz der gentechnikfreien Land- und Lebensmittelwirtschaft. Denn gerade für viele kleine und mittlere Unternehmen ist eine Aufweichung der Nulltoleranz ein echter Bärendienst. Sie müssten künftig teure quantitative Analysen statt deutlich günstigerer Ja-Nein-Analysen durchführen. Damit würden der gentechnikfreien Wirtschaft weitere bürokratische und finanzielle Belastungen aufgebürdet. Und was kommt nach dem Fall der Nulltoleranz für Futtermittel und der Nulltoleranz für Lebensmittel? Wird dann auch die Nulltoleranz bei Saatgut infrage gestellt? Das wäre das absehbare und sichere Ende der gentechnikfreien Landwirtschaft und damit auch der Wahlfreiheit, weil sich diese Verunreinigungen über Auskreuzung ausbreiten.

Natürlich freuen wir uns, dass Ministerin Aigner unserer Forderung, die GVO-Nulltoleranz bei Lebensmitteln zu erhalten, folgen will. Aber wo war Frau Aigner im letzten Jahr, als die Nulltoleranz bei Futtermitteln mit Zustimmung Deutschlands aufgehoben wurde? Einsatz für Sicherheit? Leider völlige Fehlanzeige. Verbraucher und Verbraucherinnen müssen auch in Zukunft die Freiheit und die Möglichkeit haben, sich gegen Gentechnik zu entscheiden. Dazu braucht es die Nulltoleranz, aber keine Lizenz für die flächendeckende Verunreinigung von Lebensmitteln. Jetzt muss die Ministerin auch endlich konsequent handeln und vorangehen! Wir brauchen endlich bundeseinheitliche Schutzabstände zwischen Bienenständen und Gentech-Feldern – und hier reden wir über 5 Kilometer und mehr; nicht nur über ein paar wenige Hundert Meter. Selbstverständlich muss dabei Bestandsschutz für bestehende Bienenstände gelten.

Wie ernst es Ministerin Aigner mit dem Schutz von Landwirtschaft, Imkerei und Verbrauchern und Verbrau-

Harald Ebner

- (A) *cherinnen ist, muss sie in den kommenden Monaten beweisen, wenn Zulassungsentscheidungen auf EU-Ebene anstehen. Denn bislang hat die Bundesregierung noch keinen einzigen Antrag auf Zulassung von GVO abgelehnt. Hier erwarten wir nicht nur laute Ansagen der Ministerin, sondern klares Handeln – in Berlin und Brüssel.*

Der vorliegende Antrag geht in die richtige Richtung; denn jetzt ist die Zeit, endlich klare Regelungen zu treffen, statt weiter Katz und Maus zu spielen, wie es die Koalition bisher in dieser Frage gemacht hat. Bei einer Novellierung des Gentechnikgesetzes kommt es allerdings auf eine sorgfältige und umfassende Umsetzung statt eines Schnellschusses an. Die Festlegung ausreichend großer, bundesweit einheitlicher Mindestabstände in der Gentechnik-Pflanzenerzeugungsverordnung muss als Schlüsselement zügig und deshalb zeitlich vor der aufwendigeren Änderung des Gentechnikgesetzes erfolgen.

Wir erwarten von der Bundesregierung jetzt neben der Novellierung des Gentechnikgesetzes im Sinne des Schutzes von Umwelt, Verbrauchern und Verbraucherinnen und Imkerei folgende Schritte: die Umsetzung der Forderung des Bundesrates vom 30. November 2007, wonach die Imkerei endlich bei der Gentechnik-Pflanzenerzeugungsordnung berücksichtigt werden muss, verbindliche Informationspflichten für GVO-Anbauer gegenüber den im Flugradiusbereich aktiven Imkereien, bei den Ländern auf flächendeckende Kontrollen zur Einhaltung der Meldepflicht von Freisetzung von GVO für das Standortregister zu drängen und die Voraussetzungen zu schaffen, damit Verstöße gegen die Meldepflicht wirkungsvoll sanktioniert werden, Einführung von Regelungen, die dem Verursacherprinzip auch bei indirekt durch den GVO-Anbau bedingten Schäden und Kosten Rechnung tragen.

- (B) *Wer etwas zum Schutz der Imkerei, der Bienen, Honig- wie Wildbienen, und der Hummeln und damit eines wesentlichen Teils unserer Ökosysteme beitragen will, darf aber nicht bei der Frage der Agrogentechnik stehen bleiben. Blütenmangel in unseren Agrarlandschaften, Pestizidbelastungen, insbesondere durch Neonicotinoide, sind Alarmzeichen, die uns nachdenklich machen müssen.*

Wer etwas zum Schutz der Imkerei, der Bienen, Honig- wie Wildbienen, und der Hummeln und damit eines wesentlichen Teils unserer Ökosysteme beitragen will, darf aber nicht bei der Frage der Agrogentechnik stehen bleiben. Blütenmangel in unseren Agrarlandschaften, Pestizidbelastungen, insbesondere durch Neonicotinoide, sind Alarmzeichen, die uns nachdenklich machen müssen.

Im Gegensatz zur Blockadehaltung der Bundesregierung und des Deutschen Bauernverbandes gegen das Greening der EU-Agrarpolitik haben die Imkerverbände erkannt, dass der aktuelle Kurs der Landwirtschaftspolitik nicht zukunftsfähig ist. Ich empfehle die Lektüre der aktuellen „Berliner Erklärung“ der Imkerverbände mit konkreten Forderungen und Vorschlägen dazu, wie die Landwirtschaft bienenfreundlicher gemacht werden kann. Auch das EEG muss bei den Fördervoraussetzungen und der Vergütung so verbessert werden, dass der Anbau von bienenfreundlichen Kulturen und Zwischenfrüchten wirtschaftlich attraktiv wird.

Stirbt die Biene, stirbt der Mensch! Bienenfrendliche Agrarpolitik ist daher immer auch menschenfreundliche Agrarpolitik. Dazu gehört auch der Schutz der Imkerei vor den Gefahren der Agrogentechnik, damit

- Honig ein sauberes Naturprodukt bleibt. Frau Ministerin Aigner, es ist höchste Zeit. Handeln Sie jetzt!* (C)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/9985 an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 27 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus-Peter Flosbach, Dr. Michael Meister, Peter Altmaier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Daniel Volk, Holger Krestel, Dr. Birgit Reinemund, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Rechtssicherheit beim Zugang zu einem Basiskonto schaffen

– zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung zur Umsetzung der Empfehlungen des Zentralen Kreditausschusses zum Girokonto für jedermann

– Drucksachen 17/9398, 17/8312, 17/9798 Buchstabe a und e – (D)

Berichterstattung:
Abgeordnete Peter Aumer
Dr. Carsten Sieling
Holger Krestel

Auch hier nehmen wir, wie in der Tagesordnung ausgewiesen, die Reden zu Protokoll.

Peter Aumer (CDU/CSU):

Ein Leben ohne Konto ist für uns heute eigentlich unvorstellbar. Im täglichen Leben wird es für Lohn- und Gehaltszahlungen, finanzielle Leistungen des Staates wie Kindergeld, Elterngeld, Arbeitslosengeld und BAföG, aber auch zur Begleichung von Rechnungen für Miete, Strom, Wasser, Einkäufe und vieles mehr benötigt. Heute werden eine Vielzahl von Geschäften des Alltags unbar über das Konto oder eine Kreditkarte getätigt; die Bargeldzahlung wurde in vielen Bereichen abgelöst. In Deutschland wurden allein im Jahr 2010 Güter mit einem Volumen von 144 Milliarden Euro über kartengestützte Zahlungsverfahren umgesetzt. Das sind rund 38 Prozent des Gesamtumsatzes. Aber auch das Bargeld für den täglichen Bedarf stammt meist aus einem Geldautomaten einer Bank, bei der wir ein Girokonto haben.

Für einen Großteil der Bürger in unserem Land sind diese Vorteile heute selbstverständlich. Das Girokonto ermöglicht es uns, am gesellschaftlichen und modernen wirtschaftlichen Leben teilzunehmen.